

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 87 | 10. Dezember 2015

Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter beschlossen Langjähriger politischer Einsatz der Gruppe zahlt sich aus

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Ende dieses an Ereignissen reichen Jahres 2015 freut es mich ganz besonders, Ihnen die Umsetzung einer langjährigen politischen Forderung der Unionsparteien verkünden zu können, die wir als Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten stets mit großer Beharrlichkeit und gegen bestehende Widerstände verfolgt haben: die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter. In den Beratungen zum Bundeshaushalt 2016 ist es im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gelungen, für die kommenden Jahre insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Es steht unserem Land moralisch gut zu Gesicht, denjenigen hochbetagten Personen, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkzugehörigkeit während des Zweiten Weltkriegs und später zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, einen symbolischen finanziellen Anerkennungsbetrag zu gewähren.

2015 wird ein Jahr sein, das sich für immer in unser kollektives Gedächtnis einprägen wird. Nachdem wir im vergangenen Jahr 2014 zunächst davon ausgehen konnten, dass dieses ganz im Zeichen des Gedenkens an den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs stehen würde, wurden wir umgehend mit dem schnell folgenden Krieg in der Ukraine konfrontiert. Im zu Ende gehenden Jahr 2015 erinnerten wir uns im Mai an den 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Viele unter Ihnen haben anlässlich dieses Datums sicherlich erneut schmerzhaft Erinnerungen an den Verlust der Heimat oder von nahen Angehörigen durchlebt. Vor diesem Hintergrund war es richtig und wichtig, dass die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr erstmals den bundesweiten "Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung" begangen hat. Als erster Festredner hat Bundespräsident Joachim Gauck in meinen Augen eine würdige Tradition begründet und das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen klar in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt.

Nur gut zwei Monate nachdem wir am 20. Juni 2015 diesen Gedenktag erstmals begingen und politisch stark mit den

komplexen Fragestellungen der Griechenland-Rettungspolitik beschäftigt waren, wurde unser Land mit dem bis heute andauernden, massenhaften Zustrom von Flüchtlingen binnen kürzester Zeit vor eine der größten Herausforderungen seiner jüngeren Geschichte gestellt. Die langfristigen Auswirkungen auf unseren Staat und unsere Gesellschaft sind zum heutigen Zeitpunkt nicht absehbar.

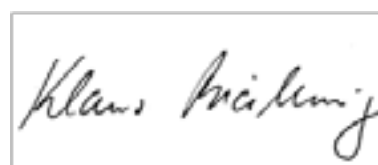


Klaus Brähmig
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Zahlreiche deutsche Heimatvertriebene fühlen sich angesichts dieser Entwicklungen an das eigene Schicksal von vor 70 Jahren erinnert und engagieren sich nach Kräften im Heer der zahlreichen Ehrenamtlichen. Durch historische Vergleiche mit der Nachkriegszeit sollten wir allerdings nicht den Blick dafür verlieren, dass die nun zu leistenden Integrationsmaßnahmen ungleich schwieriger werden, als dies nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall war. Damals kamen Landsleute auf der Basis einer gemeinsamen Sprache und Geschichte zu Landsleuten in weiter westlich gelegenen Landesteilen. Die Erinnerungen an eine nicht immer einfache Ankunft und Anpassung an die neuen Verhältnisse haben die Familiengeschichte von vielen von Ihnen geprägt. Damals waren bereits unterschiedliche Konfessionen innerhalb des christlichen Glaubens die Ursache für Schwierigkeiten der Verständigung. Die Integration von Menschen, die heute aus anderen Religions- und Kulturkreisen zu uns kommen, stellt eine ungleich größere Herausforderung dar, der wir uns mit Klarheit und Realismus stellen müssen.

Auch im Jahre 2016 werden viele Aufgaben auf uns warten. Dem historischen deutschen Osten und seinem kulturellen Erbe werden wir dabei auch weiterhin unsere Aufmerksamkeit widmen.

Mit freundlichen Grüßen



Inhalt

Union setzt 50 Millionen Euro für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter durch	3
Bundshaushalt 2016 stärkt die Kulturarbeit und Zukunft der deutschen Minderheiten	3
Hans-Gert Pöttering von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog	5
"Museum Festung Küstrin" stellt sein Projekt vor	6
Junger Erzbischof Dietrich Brauer zu Besuch	7
Gruppe diskutiert mit ukrainischem Botschafter Andrij Melnyk	8
Delegationsreise nach Schlesien und Oberschlesien	9
V. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Breslau	11
Gespräche mit der deutschen Minderheit in Rumänien zum 25. Jubiläum des Demokratischen Forums	13

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Vertreibung der Deutschen im Bewusstsein halten

Potsdamer Abkommen wurde vor 70 Jahren unterzeichnet



Foto: Privat
Klaus Brähmig

Am 2. August 1945 unterzeichneten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion das Potsdamer Abkommen, das die Vertreibung von über zwölf Millionen Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten zur Folge hatte. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig am 30. Juli 2015:

„Mit der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens gaben die Westmächte der Forderung Stalins nach, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Görlitzer Neiße unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung zu stellen. In der Folge wurden über zwölf Millionen Menschen aus diesen Gebieten vertrieben. Der Verlust ihrer Heimat prägt das Leben vie-

ler dieser Menschen bis zum heutigen Tage.

Heute verbinden uns freundschaftliche Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn und EU-Partnern – allen voran Polen. Die Pflege und der Ausbau dieser Beziehungen sind uns ein Anliegen. Gleichzeitig möchten wir die Geschichte des ehemaligen deutschen Ostens sowie der Flucht und Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung als Folge des Zweiten Weltkriegs im Bewusstsein verankern. Dass die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn so gut sind wie nie zuvor, liegt auch daran, dass wir unser Kulturerbe nicht vergessen haben, sondern es nutzen, um auf diesem Fundament neue Brücken zu errichten.

Zur Aufarbeitung dieses Kapitels der deutschen Geschichte ist es grundlegend, dass die ‚Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘, die in Berlin entsteht, in ihrer Dauerausstellung den Schwerpunkt auf die Flucht und Vertreibung der Deutschen legen wird. So hat es der Stiftungsrat im Jahre 2012 auch beschlossen.“



Der "Runde Tisch" im Schloss Cecilienhof in Potsdam, dem Ort der Potsdamer Konferenz von 1945

Fotos: Klaus Tolkmitt

Brähmig/Fabritius: Union setzt 50 Millionen Euro für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter durch Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages erfüllt langjährige politische Forderung der Fraktion



Foto: Privat

v.l.: Bernd Fabritius, Reinhard Brandl, Klaus Brähmig

In seiner Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2016 am 12. November 2015 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags 50 Millionen Euro für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt. Dazu erklären der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig, und der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, Bernd Fabritius:

Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen. Eine langjährige politische Forderung der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion wird damit umgesetzt. Der Bundeshaushalt 2016 soll am 27. November 2016 vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.

Personen, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde

„Mit seiner Entscheidung, in den kommenden drei Jahren für die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, erfüllt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auf Initiative der Union ein zentrales

Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, soll ohne Anerkennung einer Rechtspflicht/eines Rechtsgrundes als humanitäre Geste ein symbolischer finanzieller Anerkennungsbetrag gewährt werden. Einzelheiten werden durch das Bundesministerium des Innern in einer Richtlinie, die der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf, geregelt.

Nachdem in den vergangenen Jahren zahlreiche von den beiden deutschen Diktaturen betroffene Opfergruppen eine Entschädigung erhalten haben, schließt der Haushaltsausschuss mit seiner Entscheidung eine wichtige Gerechtigkeitslücke. Das große Leid, das viele deutsche Zivilpersonen am Ende des Zweiten Weltkrieges unver schuldet zu ertragen hatten, erfährt auf diese Weise eine symbolische Anerkennung und ist eine wichtige Geste der Wertschätzung für diese große Opfergruppe.“

Starkes Bekenntnis für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Bundeshaushalt 2016 stärkt die Kulturarbeit und Zukunft der deutschen Minderheiten



Foto: Privat

Klaus Brähmig

In seiner Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2016 am gestrigen Donnerstag hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags wichtige Signale für die deutschen

Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten gesetzt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa erfährt durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundes-

tages zum Bundeshaushalt 2016 eine maßgebliche Stärkung. So wird die zeitgemäße Präsentation der Geschichte Ostpreußens vom Bund unterstützt, der zur Überarbeitung der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg Mittel in Höhe von einer Million Euro zur Verfügung stellt. Die erinnerungsgeschichtliche Arbeit für die aus der früheren Sowjetunion stammenden Aussiedler wird mit einer substantiell-

len Förderung des Museums für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold aufgewertet. Für das Jahr 2016 sind hier 200.000 Euro vorgesehen, ergänzt um eine Verpflichtungsermächtigung von 800.000 Euro für die folgenden vier Jahre.

Auch für die deutschen Minderheiten im östlichen Europa werden im Bundeshaushalt 2016 wichtige Signale gesetzt. Der Titel 'Allgemeine Hilfen' im Bereich des Bundesministeriums des

Innern wächst um weitere zwei Millionen Euro auf 20,4 Millionen Euro. Dieses dient vor allem der Sicherung der erfolgreichen Aktivitäten der deutschen Minderheit in Polen. Auch die langfristige Stabilisierung des muttersprachlich deutschen Schulwesens in Rumänien wird weiter vorangetrieben. Es ist gelungen, die Mittel zur Besoldung von muttersprachlich deutschen Lehrkräften in Rumänien um 250.000 Euro auf nun eine Million Euro zu erhöhen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt die beschlossenen Maßnahmen, die zur weiteren Stärkung der Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten beitragen. Sie wird auch in Zukunft kraftvoll an der Seite dieser wichtigen Personengruppen stehen. Der Bundeshaushalt 2016 wird am 27. November 2015 durch den Deutschen Bundestag beschlossen.“

Die im Bundeshaushalt 2016 erreichten Erfolge für den Bereich der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten wären ohne das Engagement zahlreicher Vertreter der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag nicht möglich gewesen. Der Dank gilt daher dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder genauso wie der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt. Auch die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für die Bereiche Inneres, Auswärtiges und Kultur, Thomas Strobl, Franz-Josef Jung und Michael Kretschmer wie auch die Sprecher der entsprechenden Arbeitsgruppen Stephan Mayer, Jürgen Hardt und Marco Wanderwitz sowie der haushaltspolitische Sprecher Eckhardt Rehberg haben die Anliegen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten stets nach Kräften unterstützt. Nicht zuletzt gilt den Berichterstattern im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Reinhardt Brandl, Alois Karl und Rüdiger Kruse unser herzlicher Dank. Ohne ihr Mitwirken wären die zahlreichen richtungsweisenden Beschlüsse nicht möglich gewesen.

Aus der Gruppensitzung

Sudetendeutsches Büro in Prag informiert

Peter Barton im Gespräch mit der Gruppe

Peter Barton, Leiter des im Jahre 2003 in der tschechischen Hauptstadt Prag eingerichteten Sudetendeutschen Büros, informierte über seine aktuelle Arbeit. Die Hauptaufgabe des Büros besteht in der Vermittlung von bilateralen Kontakten zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik, besonders auf der Ebene der Politik. Derzeit herrscht laut Barton unter den tschechischen Regierungsparteien



v.l.: Hartmut Koschyk, Volker Mosblech, Ute Bertram, Klaus Brähmig, Peter Barton, Silke Launert, Heiko Schmelzle, Heinrich Zertik, Eckhard Pols

(Christdemokraten, Sozialdemokraten und Bürgerplattform) eine positiv zu wertende Aufnahmebereitschaft für sudetendeutsche Themen. Gleichwohl muss auch heute noch sensibel vorgegangen werden. Das Büro wird

zunehmend auch von tschechischen Staatsbürgern nachgefragt, die sich über die Sudetendeutschen oder die frühere deutsche Geschichte einzelner Ortschaften informieren. Hinsichtlich der deutsch-tschechischen

Beziehungen im Jahre 2015 werden die Erklärungen des Stadtrats von Brünn zur Vertreibung der Deutschen 1945 während des "Brünner Todesmarsches" und die Gedenkfeier zum "Massaker von Prerau" an den Karpatendeutschen als positiv zu wertende Ereignisse gesehen. Auch der Besuch des Sudetendeutschen Hauses in München durch den stellver-

tretenden Ministerpräsidenten Pavel Belobrádek wird als eine symbolisch bedeutende Geste gewertet. Die weitere Intensivierung der deutsch-tschechischen Kontakte bleibe wichtig, so Peter Barton.

Foto: Steven Rösler

Historischer deutscher Osten bleibt wichtiges Thema

Hans-Gert Pöttering von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Dialog

Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments und heutige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Hans-Gert Pöttering, diskutierte mit der Gruppe über die Berücksichtigung des historischen deutschen Ostens in der Arbeit der Stiftung. Wie bei der im Sommer 2015 durch die Gruppe initiierten Vorstellung der Entwicklungspläne für den Altstadtbereich in Königsberg/Kaliningrad gezeigt, hat die KAS großes Interesse daran, sowohl über die Geschichte der historischen Siedlungsgebiete wie auch über heutige Entwicklungen in ihrem Bereich zu informieren. Mit Blick auf den in Kaliningrad im September 2015 entschie-



v.l.: Peter Beyer, Klaus Brähmig, Hans-Gert Pöttering, Klaus-Peter Schulze

Foto: Steven Rösler

stehende "Haus der europäischen Geschichte". Dieses wird in Trägerschaft des Europäischen Parlaments errichtet und geht auf seine Initiative im Jahre 2007 zurück. Die künftige Dauerausstellung wird sich auch der Flucht und Vertreibung der Deutschen in Folge des

denen Gestaltungswettbewerb für das Areal des früheren Königsberger Schlosses wurde vereinbart, diese Pläne im Jahre 2016 in Deutschland zu präsentieren.

Ebenfalls berichtete Hans-Gert Pöttering über das derzeit in Brüssel ent-

Zweiten Weltkrieges widmen. Die Eröffnung des Hauses ist für das kommende Jahr 2016 geplant. Es wurde vereinbart, auch künftig den engen Kontakt zur Konrad-Adenauer-Stiftung zu pflegen. Dieser schließt die Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten ein.

Die Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz

Neuer BKM-Gruppenleiter Ansgar Hollah informiert die Gruppe

Als neuer Gruppenleiter "Geschichte und Erinnerung" bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien besuchte der langjährige Leiter der Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ansgar Hollah, die Gruppe erstmals in neuer Funktion.



v.l.: Klaus Brähmig, Ansgar Hollah, Heiko Schmelzle

Foto: Steven Rösler

Die Gruppe betonte in diesem Zusammenhang die positive Rolle, die die Landsmannschaften in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten für die Intensivierung der Kontakte in die Herkunftsgebiete geleistet hätten. Für die Bewahrung und Pflege des kulturellen Erbes wird es beispielsweise als notwendig erachtet, das Museum für russlanddeutsche

Im Gedankenaustausch wurde die Bedeutung des durch den § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) konkretisierten Kulturbereichs des historischen deutschen Ostens für das nationale Selbstverständnis Deutschlands betont. Mit Bezug auf den Koalitionsvertrag stellte er fest, die Regie-

rungsparteien hätten mit einem klaren Bekenntnis zum Paragraphen 96 BVFG vereinbart, die noch aus dem Jahre 2000 stammende Kulturkonzeption mit dem Ziel einer verstärkten europäischen Integration weiterzuentwickeln. Bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien werde derzeit daran gearbeitet.

Kulturgeschichte in Detmold aufzuwerten. Anders als zahlreiche Regionen des historischen deutschen Ostens verfügt die große Gemeinde der Russlanddeutschen in Deutschland derzeit über kein vom Bund gefördertes Museum, das die Geschichte dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe umfassend darstellt.

Institut für deutsche Kultur u. Geschichte Südosteuropas Neuer Direktor Florian Kühner-Wielach im Gespräch

Der neue Direktor des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, Florian Kühner-Wielach, traf Mitglieder der Gruppe zu einem ersten Gedankenaustausch in Berlin. Darin ging es um die künftigen Schwerpunkte in der Arbeit des Instituts, die unter den drei Begriffen des Bewahrens, Erforschens und Vermitt-



v. l.: Helmut Nowak, Florian Kühner-Wielach, Ute Bertram, Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle, Bernd Fabritius

telns zusammengefasst werden können. Insbesondere hob Direktor Kühner-Wielach die Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Zusammenar-

beit mit den Verbänden und Vereinen der deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sowie deren Organisationen und Partnern in

dem regionalen Schwerpunkt verpflichtete Forschungsinstitut auch künftig diesem wichtigen Thema widmen wird.

Deutschland und dem Donau-Karpaten-Raum hervor. Die weitere Unterstützung und Intensivierung des Brückenschlags zwischen Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen findet auch die klare Unterstützung der Gruppe. Es wird begrüßt, dass sich das

Gedenkort deutscher und polnischer Geschichte "Museum Festung Küstrin" stellt sein Projekt vor

Die am Zusammenfluss von Warthe und Oder gelegene frühere Hauptstadt der Neumark, Küstrin (heute: Kostrzyn nad Odra), ist für die brandenburgisch-preußische wie auch für die deutsch-polnische Geschichte von besonderer Bedeutung. Als strategisch bedeutende Festungsstadt wurde die auf einer Insel zwischen den ge-



v.l.: Marcin Wichrowski, Klaus Brähmig, Julia Bork, Ryszard Skalba, Klaus-Peter Schulze, Eckhard Pols, Heiko Schmelzle

nannten Flüssen gelegene Altstadt Küstrins bei der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee im Jahre 1945 zu über 90 Prozent zerstört. Sie gilt damit als eine der beiden am meisten zerstörten Städte Ostdeutschlands. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Steine Küstrins für den Wiederaufbau Warschaws ab-

transportiert. Das neunköpfige Team des "Museums Festung Küstrin" betreut unter Leitung von Direktor Richard Skalba das 40 Hektar große Areal der ehemaligen Altstadt, in der die bis heute auf Höhe der Bürgersteige und Hauseingänge erhaltenen historischen Straßenzüge an die einstmals blühende Stadt erinnern. Sie sind aber

des Schutzes und der Zerstörung. Auch unterschiedliche Sichtweisen auf identische historische Vorgänge in Polen und Deutschland werden in der Ausstellung thematisiert. Küstrin ist ein zentraler Lernort deutscher Geschichte und sollte in Deutschland stärker als bisher im öffentlichen Bewusstsein verankert werden.

Situation der evangelisch-lutherischen Kirche Russlands Junger Erzbischof Dietrich Brauer zu Besuch

Anlässlich eines Berlin-Besuchs führte der Erzbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland (ELKR), Dietrich Brauer (Jahrgang 1983), einen Gedankenaustausch mit der Gruppe und informierte die Abgeordneten über die aktuelle Lage seiner Kirche. Als früherer Pfarrer der Gemeinde der "Salzburger Kirche"

in Gumbinnen (Gussew) pflegt er insbesondere enge Kontakte in das nördliche Ostpreußen und die dortige Propstei Kaliningrad. Vor große Herausforderungen wird die Kirche in ganz Russland dadurch gestellt, dass



v.l.: Peter Beyer, Hartmut Koschyk, Erzbischof Dietrich Brauer, Klaus Brähmig, Bettina Kudla, Heiko Schmelzle

Foto: privat

verbunden, denen gerade kleine Kirchengemeinden logistisch nicht nachkommen können. Der darauf folgende Verlust des Rechtsstatus als juristische Person führte in der jüngeren Vergangenheit zu der problematischen Lage, dass zahlreiche Gemein-

den nicht mehr in der Synode der Kirche vertreten sind. Die Aufrechterhaltung enger Kontakte zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland wurde vereinbart.

außerhalb der orthodoxen Kirche allen anderen in Russland vertretenen Glaubensrichtungen ausschließlich der Status einer Nicht-Regierungsorganisation (NGO) zukommt. Damit sind umfangreiche Berichtspflichten

den nicht mehr in der Synode der Kirche vertreten sind. Die Aufrechterhaltung enger Kontakte zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland wurde vereinbart.

Die katholische Kirche und ihre Rolle in den deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945

Gruppe besucht Ausstellung der Maximilian-Kolbe-Stiftung

Das Kronprinzenpalais am Berliner Boulevard Unter den Linden war im November und Dezember 2015 der Ort einer von Mitgliedern der Gruppe besuchten Ausstellung der Maximilian-Kolbe-Stiftung und des Breslauer Zentrums "Erinnerung und Zukunft". Der Anlass dieser zeitgleich auch in Breslau gezeigten Präsentation war der 50. Jahrestag des Briefwechsels zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im

Jahre 1965, der als Meilenstein der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen gilt. Die Ausstellung, die den Zeitraum vom



v.l.: Jörg Lüer, Helmut Nowak, Jan Hini, Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Eckhard Pols

Foto: privat

Ende des Zweiten Weltkrieg bis heute abdeckt, thematisierte auch unterschiedliche Sichtweisen auf historische Sachverhalte in beiden Ländern.

Menschen und Initiativen aus beiden Ländern, die maßgeblichen Anteil an der Versöhnung haben, bildeten einen roten Faden der sehenswerten Präsentation. Eine Reihe deutsch-polnischer Begleitveranstaltungen und ein zweisprachig herausgegebenes Begleitbuch zum Inhalt der Ausstellung ergänzten die Präsentation.

Politische Lage in der Ukraine im Fokus

Gruppe diskutiert mit Botschafter Andrij Melnyk

Nachdem die Gruppe bereits mit dem heutigen Außenminister der Ukraine und früheren Botschafter Kiwews in Deutschland, Pavlo Klimkin, einen regelmäßigen Gedankenaustausch auch zu Fragen der deutschen Minderheit in der Ukraine geführt hatte, wurde dieser nun mit seinem Nachfolger Andrij Melnyk fortgesetzt. Dabei wurde von Sei-



v.l.: Manfred Behrens, Bettina Kudla, Klaus Brähmig, Botschafter Andrij Melnyk, Silke Lautert, Bernd Fabritius, Heinrich Zertik

Foto: Ukrainische Botschaft

Botschafter Melnyk, dass deutsche Unternehmen im Bereich der Investitionen nach wie vor die führende Rolle zukomme. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Leistung nimmt die Landwirtschaft nach wie vor eine wichtige Rolle ein, die mit 30 Prozent zu

den Deviseneinnahmen des Landes beiträgt. Im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wird es von Seiten der Ukraine als notwendig erachtet, drastische Modernisierungs- und Anpassungsanstrengungen zu unternehmen. Sie seien alternativlos und die Ukraine werde gestärkt aus den Reformen hervorgehen, so der Botschafter.

und auch unter den derzeit vorherrschenden schwierigen Rahmenbedingungen von Seiten des ukrainischen Staates nach Kräften unterstützt werde.

Angesichts des seit Anfang 2014 herrschenden Kriegs im Osten des Landes ging es in dem Gespräch auch um die aktuelle Situation im Lande. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage bemerkte

den Deviseneinnahmen des Landes beiträgt. Im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wird es von Seiten der Ukraine als notwendig erachtet, drastische Modernisierungs- und Anpassungsanstrengungen zu unternehmen. Sie seien alternativlos und die Ukraine werde gestärkt aus den Reformen hervorgehen, so der Botschafter.

Gespräch mit der Landsmannschaft der Oberschlesier

Vorsitzender Klaus Plaszczek und Sebastian Wladarz im Gespräch



Foto: privat

v.l.: Klaus Brähmig, Klaus Plaszczek, Sebastian Wladarz

Bei einem Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Oberschlesier, Klaus Plaszczek, und Sebastian Wladarz, Leiter des Vorstandsbüros, wurde über den Wunsch der Landsmannschaft nach

setzen sei. Er bleibe aber gern in der Sache engagiert.

Zugleich wurde die Notwendigkeit einer engen Abstimmung zwischen den Landsmannschaften in Deutschland

einem eigenen Kulturreferenten für die Region Oberschlesien diskutiert. Klaus Brähmig unterstützt dieses wichtige Anliegen, gab aber zugleich zu bedenken, dass diese seit langem vorgebrachte Forderung politisch nicht leicht umzu-

und den Vertretern der deutschen Minderheit in Polen betont. Heimatvertriebene und -verbliebene bildeten zwei Seiten derselben Medaille und es sei wichtig, im geschlossenen Auftreten die wichtige Ziele des Kulturerhalts, der Sprachförderung und der identitätsstiftenden Tätigkeiten umzusetzen.

Im Vorfeld einer Delegationsreise der Gruppe nach Oberschlesien wurde über die Stationen dieser Reise berichtet. Die Landsmannschaft bot ihre Unterstützung bei der Herstellung von Kontakten in die Herkunftsregion Oberschlesien an.

Delegationsreise nach Schlesien und Oberschlesien

Gruppe besucht das Zentrum der deutschen Minderheit in Polen



Foto: Privat

Besuch der historischen Segelflugschule in Grunau nahe Hirschberg

wicklungen in der Stadt an der Neiße und wies auf Besonderheiten hin, die sich aus der besonderen Situation der deutsch-polnischen Doppelstadt Görlitz/Zgorzelec ergeben.

Die nächste Station war das Hirschberger Tal, wo in Begleitung von zahlreichen Mitgliedern



Foto: Privat

Nach einem Gespräch mit der deutschen Minderheit in Breslau unter Vorsitz von Renate Zajakczowska

Mit einer Delegationsreise des Vorsitzenden der Gruppe Klaus Brähmig in Begleitung des stellvertretenden Vorsitzenden Eckhard Pols und des Abgeordneten und stellvertretenden Bundesvorsitzenden der OMV Heiko Schmelzle setzte die Gruppe ihre Kontaktpflege zu den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa fort. Das Ziel war mit den historischen deutschen Siedlungsgebieten in Schlesien und Oberschlesien zugleich das Zentrum der deutschen Minderheit in Polen.

Der Ausgangspunkt der Reise lag im auch heute noch zu Deutschland gehörenden Teil Niederschlesiens, wo in Görlitz das vom Bund und dem Freistaat Sachsen finanzierte "Schlesische Museum" besucht wurde. In einem anschließenden Gespräch mit Oberbürgermeister Siegfried Deinege berichtete dieser über aktuelle Ent-

wicklungen in der Stadt an der Neiße und wies auf Besonderheiten hin, die sich aus der besonderen Situation der deutsch-polnischen Doppelstadt Görlitz/Zgorzelec ergeben. Die nächste Station war das Hirschberger Tal, wo in Begleitung von zahlreichen Mitgliedern des Luftsportvereins das Gelände des historischen Segelflugplatzes in Grunau besucht wurde. Die Bedeutung der Geschichte des Segelflugs im Riesengebirge zu deutscher Zeit wurde von den Vereinsmitgliedern als maßgeblicher Bezugspunkt ihres heutigen Engagements betont. "Deutsche Geschichte ist auch unsere Geschichte" ist ein Leitgedanke des Vereinwesens in Grunau. Weiterhin gab es auf dem nahegelegenen Schloss Lomnitz ein Zusammentreffen mit der im "Christlichen Deutschen Riesengebirgsverein" zusammengeschlossenen deutschen Minderheit in der Region um Hirschberg.

Die Person des aus Schlesien stammenden Dichters Gerhart Hauptmann ist heute für die deutsch-polnischen Beziehungen in diesem Teil Polens von besonderer Bedeutung. Das in seinem ehemaligen Wohnhaus in Agnetendorf mit zahlreichen Originalobjekten eingerich-

tete, sehenswerte Museum ist daher folgerichtig Teil eines grenzüberschreitenden Museumsverbands, der sich in Deutschland und Polen dem Erhalt der historischen Hauptmann-



Foto: Privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Groß Nädilitz östlich von Breslau

Stätten widmet.

Bei einem Besuch der historischen evangelischen Friedenskirchen von Jauer und Schweidnitz wurde die Bedeutung dieser beeindruckenden Kirchenbauwerke aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg für die Region Schlesien deutlich. Seit dem Jahre 2001 stehen sie auf der Liste des Weltkulturerbes der UNESCO und haben für Schlesien den Rang bedeutender Sehenswürdigkeiten.



Foto: Privat

Besuch der evangelischen Friedenskirche in Jauer: Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Eckhard Pols



Foto: Privat

Beim Besuch im "Berghaus" der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Kreisau

Um den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu würdigen, fand ein Besuch auf dem früheren Gut der Familie von Moltke in Kreisau statt. In einem Gespräch mit den Leitern der heutigen Internationalen Jugendbegegnungsstätte ging es um aktuelle Herausforderungen der von deutscher und polnischer Seite finanzierten Einrichtung, die sich im Bereich der Jugendbildung politischen, geschichtlichen und ökologischen Themen widmet. Auch das historische "Berghaus", das als Wohnhaus von Helmuth James und Freya von Moltke den Mitgliedern des dem "Kreisauer Kreises" mehrfach als Treffpunkt diente, wurde besichtigt.



Foto: Privat

Besuch des Lagers Lamsdorf und Kranzniederlegung am Denkmal für die in der Nachkriegszeit internierten Schlesier und die Opfer des Lagers 1945/46

Auch die schlesische Hauptstadt Breslau stand auf dem Besuchsprogramm der Delegation. Bei einem Gedankenaustausch mit der deutschen Minderheit unter Vorsitz von Renate Zajackowska berichtete diese unter anderem von der Beteiligung der Minderheit an der Ausgestaltung der Europäischen Kulturhauptstadt 2016, die im kommenden Jahr in der Oderstadt stattfinden wird. Die Minderheitenvertreter berichteten von ihrem großen Interesse, im Rahmen offizieller Besuche deutscher Regierungsvertreter in Polen künftig stärker berücksichtigt zu werden. Dieses sei geeignet, das öffentliche Bewusstsein für die deutsche Minderheit in der polnischen Mehrheitsbevölkerung zu stärken. Bei einem Besuch der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegten und im Jahre 2002 eingeweihten Kriegsgräberstätte Groß Nädliitz östlich von Breslau wurde mit einer Kranzniederlegung der hier bestatteten Opfer des Zweiten Weltkriegs gedacht. Diese stammen in großer Zahl auch aus der Festungszeit Breslaus im Jahre 1945. Insgesamt können 18.000 Gefallene auf dieser Kriegsgräberstätte ihre letzte Ruhe finden.



Foto: Privat

Zu Besuch bei Erzbischof a. D. Alfons Nossol im Begegnungszentrum der katholischen Kirche in Groß Stein nahe Oppeln

Bei einem Besuch in Glatz wurde das Gespräch mit den Vertretern der deutschen Minderheit fortgesetzt. Dabei ging es um die Bedeutung von Angeboten, mit denen auch und gerade jüngere Mitglieder der Gemeinschaft für die Arbeit der einzelnen Freundschaftskreise gewon-

nen werden können. Es wurde deutlich, dass besonders die Arbeitsmigration nach Westeuropa und vor allem nach Deutschland zahlreiche Familien der deutschen Minderheit vor große Herausforderungen stellt.

Ein besonders wichtiges Anliegen war der deutschen Delegation der Besuch des Lagers Lamsdorf, in dem in deutscher Zeit Kriegsgefangene unterschiedlicher Nationalität interniert wurden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in den Jahren 1945 –



Foto: Privat

Gespräch mit der deutschen Minderheit in Glatz. Zuvor empfing der Bürgermeister der Stadt die deutsche Delegation zu einem Gedankenaustausch im Rathaus

1946 von polnischer Seite deutsche Zivilisten aus Schlesien festgehalten. An die Bedingungen im Lager und Folterungen, an deren Folgen über 1.000 deutsche Insassen des Lagers verstarben, wird heute mit einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen Lagergelände und seit Kurzem auch in einem gesonderten Teil der Dauerausstellung der Gedenkstätte erinnert. Auch hier legte die deutsche Delegation in Erinnerung an die Opfer Kränze am deutschen und polnischen Mahnmahl des Lagers nieder.

Neben dem Besuch des bedeutendsten katholischen Wallfahrtsorts der Oberschlesier, dem Sankt Annaberg, war vor allem der Gedankenaustausch mit dem früheren Erzbischof von Oppeln, Alfons Nossol, ein zentraler Termin dieser Delegationsreise. Bischof Nossol ist für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bis heute ein wichtiger Mittler und wertvoller Brückenbauer. Als Mitglied der deutschen Minderheit in Polen zelebrierte er im

November 1989 den als „Versöhnungsmesse“ in die Geschichte eingegangenen Gottesdienst in Kreisau, bei dem sich der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl und Polens Ministerprä-



Gespräch mit dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen unter Vorsitz von Bernard Gaida (Mitte).

sident Tadeusz Mazowiecki beim Friedensgruß die Hand reichten. Diese Geste gilt als Ausgangspunkt eines Neustarts der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989, vergleichbar mit dem Gottesdienst in der Kathedrale von Reims im Jahre 1962 in Anwesenheit von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle. Bischof Nos-

sol würdigte die Bedeutung des vereinigten Europas und rief dazu auf, die Integration auf dem Kontinent weiter fortzusetzen.

Wichtig war der deutschen Delegation ebenfalls die Fortsetzung des Gedankenaustausches mit dem Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Vereinigungen in Polen (VdG) unter Vorsitz von Bernard Gaida, der in Oppeln stattfand. Auch ein Gespräch mit den Vertretern des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz war Bestandteil des Reiseprogramms. Mit der deutschen Minderheit aus der Region um

Ratibor kam es zu einer Zusammenkunft im Josph-von-Eichendorff-Begegnungszentrum in Lubowitz, dem Geburtsort des bedeutenden deutschen Lyrikers. Der enge Kontakt zwischen der Gruppe und der deutschen Minderheit in Polen wird auch künftig fortgesetzt.

V. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Breslau

Mehr als 6.000 Teilnehmer feiern in der Jahrhunderthalle



Teilnehmer beim V. Kulturfestival der deutschen Minderheit in Breslau

Alle drei Jahre lädt die deutsche Minderheit in Polen ihre Mitglieder zum Kulturfestival in die zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörende Jahrhunderthalle nach Breslau ein. Zu dieser nun bereits zum fünften Mal durchgeführten Großveranstaltung reisten mehr als 6.000 Teilnehmer aus ganz Polen und Deutschland an und erlebten einen Samstag lang ein abwechslungsreiches Programm an Musik-, Gesangs- und Tanzdarbietungen, die

erstmals um Kabaretteinlagen ergänzt wurden. Eine feierliche Messe in der auf einer Oderinsel gelegenen Pfarrkirche St. Maria auf den Sande, zelebriert durch den Erzbischof von Breslau Marian Golebiewski und den Bischof von Op-

poln, Andrzej Czaja, eröffnete das Kulturfestival. Von deutscher Seite wurden im Rahmen des Kulturfestivals vor allem die Bedeutung einer Bildungsstrategie der deutschen Minderheit als wichtiges Element im weiteren deutsch-

polnischen Dialog betont. Verbesserungen im Schulwesen und in Fragen des muttersprachlich deutschen Spracherwerbs sind dabei zentral. Die Teilnahme von Mitgliedern deutscher Minderheiten aus anderen Ländern Osteuropas unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung auch für diesen Personenkreis. In einer Begleitveranstaltung wurde mit namhaften polnischen Wissenschaftlern über die Lage der Deutschen in Polen während der Nachkriegszeit diskutiert.



Kulturgruppe der deutschen Minderheit

Karpatendeutsche Landsmannschaft im Gespräch Klaus Brähmig bei der deutschen Minderheit in Preßburg



Foto: privat

v.l.: Klaus Brähmig, Ondrej Pöss und Brunhilde Reitmeier-Zwick

Im Nachgang zu einer Delegationsreise der Gruppe in die Slowakei im Frühjahr 2015 setzte der Vorsitzende der Gruppe Klaus Brähmig seinen Dialog mit den Vertretern der Karpatendeutschen Landsmannschaft fort. Im Gespräch mit den Vorsitzenden der Landsmannschaften in der Slowakei

und Deutschland, Ondrej Pöss und Brunhilde Reitmeier-Zwick, ging es um eine künftig noch engere Zusammenarbeit zwischen Heimatvertriebenen und den in den historischen Herkunftsgebieten verbliebenen Mitgliedern der deutschen Minderheit. Hier bieten die Karpatendeutschen schon heute ein Musterbeispiel an gelungener Kooperation. Für eine auch weiterhin positive Entwicklung hält Klaus Brähmig die Positionierung zentraler Ansprechpartner für bedeutend, um auch im grenzüberschreitenden Rahmen Kräfte und

Ressourcen zu bündeln. Auch die Zukunft der deutschen Sprache in der Slowakei war Thema der Unterredung. Hier hat sich der slowakische Staat in jüngerer Zeit auf die schulische Sprachausbildung in der Fremdsprache Englisch fokussiert. Die Stärkung der Ausbildung auch auf Deutsch wird daher weiterhin viel Überzeugungsarbeit notwendig machen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Slowakei und die Ansiedlung zahlreicher deutscher Unternehmen ist dabei ein wichtiges Argument, auch künftig auf die Bedeutung breit angelegter Deutschkenntnisse hinzuweisen. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls das Interesse an Formen der in Deutschland seit langem praktizierten und bewährten Form der dualen Ausbildung zu sehen.

Klaus Brähmig auf Informationsbesuch in Prag Gast beim Kulturverband der deutschen Minderheit



Foto: privat

v.l.: Klaus Brähmig, Peter Barton

Unter Vermittlung des Sudetendeutschen Büros in Prag unter Leitung von Peter Barton referierte Klaus Brähmig beim Kulturverband der deutschen Minderheit über die deutsche Politik

für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten. Dabei ging er in besonderer Weise auf die Bedeutung des bundesweiten Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung ein, der am 20. Juni 2015 zum ersten Mal im Beisein des Bundespräsidenten begangen wurde. Der Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg habe der Schwerpunkt des Gedenkens gegolten. Mit der Verbindung dieses Gedenktags mit dem Datum des Weltflüchtlingstags der Vereinten Nationen sei zugleich der Vorwurf der Kollektivschuld der Deutschen an ihrer Vertreibung widerlegt worden. Vertreibungen seien gestern wie heute Unrecht gewesen.

Im Rückblick auf die Zeit von vor 70 Jahren wies Brähmig darauf hin, dass die Integration von Landsleuten aus dem eigenen Land und Kulturkreis Deutschland und die deutsche Gesell-

schaft damals vor große Herausforderungen gestellt habe. Diese seien gemeistert worden. Grundlegende Unterschiede, gerade in Fragen der Kultur und religiösen Prägung, müssten mit beachtet werden, wenn es um die Bewertung der heutigen Flüchtlingsströme nach Europa und insbesondere nach Deutschland gehe.

Daneben erinnerte Brähmig an die auf Ausgleich und Versöhnung gerichteten Zeichen, die im Jahre 2015 aus der Tschechischen Republik nach Deutschland ausgesendet worden seien. Das öffentliche Gedenken an die Opfer des "Brünner Todesmarsches" oder des "Massakers von Prerau" im Jahre 1945 bezeichnete er als wichtige Gesten auf dem Weg der Verständigung. Die Vertreter der deutschen Heimatvertriebenen hätten an dieser positiven Entwicklung einen maßgeblichen Anteil.

Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien

Gespräche mit der deutschen Minderheit zum 25. Jubiläum



Foto: privat

v.l.: Bürgermeisterin Astrid Fodor und Klaus Brähmig

25 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konnte das "Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien" in diesem Jahr 2015 auf ein Vierteljahrhundert seines Bestehens zurückblicken. In einer Rückschau wird dabei eine Zeitspanne deutlich, die zunächst vom Abschied und der Abwanderung zahlreicher Mitglieder der deutschen Minderheit geprägt wurde, die Anfang der 1990er Jahre Rumänien verließen. Nach Wahlerfolgen in den 2000er Jahren ist die deutsche Minderheit heute kulturell, sozial und gesellschaftspolitisch in Rumänien aktiv und ein bekannter und geschätzter Ansprechpartner für staatliche und nichtstaatliche Institutionen aus dem In- und Ausland geworden.

Auch die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten unter Vorsitz von Klaus Brähmig



Foto: privat

Die Kirchenburg von Wurmloch

pflegt seit langem einen intensiven Kontakt zur deutschen Minderheit in Rumänien. Der Austausch über bereits Erreichtes und über die Herausforderungen in der Zukunft ist wichtig, um die bilateralen Beziehungen auch immer enger zu gestalten. Für die deutsche Minderheit in Rumänien war und ist dabei die Sicherung und der Erhalt des muttersprachlich deutschen Schulwesens von grundlegender Bedeutung. Blickt man auf die stolze Geschichte von Bildungseinrichtungen wie dem Samuel-von-Brukenthal-Gymnasium in Hermannstadt, dem Nikolaus-Lenau-Lyzeum in Temeswar oder dem Johannes-Honterus-Gymnasium in Kronstadt, die nicht selten bis in das 16. Jahrhundert



Foto: privat

Klaus Brähmig im Gespräch mit dem Ortsforum der deutschen Minderheit in Schäßburg

zurückreicht, wird deutlich, welche Bedeutung die Sicherung dieser traditionsreichen Bildungseinrichtungen auch für die Bundesrepublik Deutschland einnehmen muss.

Durch die verhältnismäßig geringe Entlohnung von Lehrern im rumänischen Schuldienst waren und sind zahlreiche der muttersprachlich deutschen Schulen mit dem Problem der Abwanderung von Lehrkräften in die private Wirtschaft konfrontiert. Durch die positive wirtschaftliche Entwicklung in den urbanen Zentren Siebenbürgens und des Banats – nicht zuletzt durch die Ansiedlung namhafter



Foto: privat

Die Kirchenburg von Birtihalm

deutscher Unternehmen im Bereich der Automobilzulieferer und der Luftfahrtindustrie – existiert eine große Nachfrage nach Arbeitskräften mit Deutschkenntnissen. Diese werden im rumänischen Vergleich entsprechend höher entlohnt.

Um das muttersprachlich deutsche Schulwesen in Rumänien zu stärken, hat der Deutsche Bundestag für den Bundeshaushalt 2015 die Bereitstellung von jährlich 750.000 Euro zur finanziellen Unterstützung der Lehrkräfte beschlossen. In den vor Ort geführten Gesprächen wurde deutlich, wie positiv sich die Umsetzung dieser finanziellen Förderung durch den Bund in der Praxis darstellt und wie unkompliziert die Beantragung und Auszahlung der entsprechenden Mittel an die entsprechenden rumänischen Lehrkräfte erfolgen kann.

Diese positive Rückkoppelung zu politischen Entscheidungen auf Bun-



Foto: privat

v.l.: Konsulin Judith Urban, Klaus Brähmig und Christine Fernolend vor der Kirchenburg in Deutsch-Weisskirch



Foto: privat

Besuch der Kirchenburg von Deutsch-Kreuz

desebene zu bekommen, war ein wichtiges Signal, sich auch künftig in diesem historisch gewachsenen Bildungsbereich zu engagieren. Aus diesem Grunde ist es von besonderer Bedeutung, dass es im Rahmen des Bundeshaushalts 2016 gelungen ist, diese Mittel um jährlich 250.000 Euro auf nun eine Million Euro zu erhöhen.

Von wesentlicher Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens ist der Tourismus. So wird beispielsweise Siebenbürgen von dem international renommierten Reisemagazin "Lonley Planet" für das Jahr 2016 als internationales Reiseziel

Nr. 1 bewertet. Neben der Schönheit der Landschaft und der Gastfreundschaft der Bevölkerung spielt das deutsche kulturelle Erbe für die Attraktivität der Region eine grundlegende Rolle. Die weitere Sicherung der einzigartigen Kirchenburgen-Landschaft Siebenbürgens ist dabei von zentraler Bedeutung. Derzeit wird dazu die Fortsetzung eines bereits in der Vergangenheit sehr erfolgreichen Förderprogramms der Europäischen Union angestrebt. Die Kirchenburgen bieten ein großes Potential für die Entwicklung gerade auch des ländlichen Raumes, und bereits heute findet in zahlreichen siebenbürgischen Dörfern – auch mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland – die Errichtung von Begegnungsstätten und entsprechenden Beherbergungsmöglichkeiten statt. Die im Herbst 2015 besuchten Orte Wurmloch, Deutsch-Kreuz, Deutsch-Weiß-

kirch und BIRTHÄLM sind entsprechend aussagekräftige Beispiele. Die Evangelische Kirche AB in Rumänien und die Vertreter der deutschen Minderheit vor Ort sind wichtige Ansprechpartner und Motoren dieser positiven Entwicklung. Das reiche deutsche kulturelle Erbe in Rumänien, dessen Bedeutung in besonderer Weise auch von der rumänischen Mehrheitsgesellschaft erkannt wird, ist bei der Entwicklung eines ganzheitlichen Tourismusleitbildes für die Region mit einzubeziehen.



Foto: privat

Besuch in Wurmloch

v.l.: Klaus Brähmig, Bürgermeister Pinte, Konsulin Urban und Kurator Weber

Aus der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU

Sauer: Endlich Zwangsarbeiterentschädigung für Deutsche!

Ansprüche der in der Heimat verbliebenen Deutschen einbeziehen



Foto: Steven Rösler

Helmut Sauer

Zum Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, in den kommenden drei Jahren 50 Millionen Euro zur Entschädigung ziviler deutscher

Zwangsarbeiter bereitzustellen, erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Ver-

triebenen und Flüchtlinge – Helmut Sauer (Salzgitter):

Es ist unbedingt zu begrüßen, dass sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges endlich eine Regelung zur Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter gefunden wird. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat zur symbolischen Anerkennung dieses Sonderschicksals beschlossen, dass in den kommenden drei Jahren insgesamt 50 Millionen Euro Entschädigungsmittel an die Opfer ausgezahlt werden sollen. Hierüber soll der

Deutsche Bundestag in seiner Haushaltsdebatte am 27. November 2015 abstimmen.

Die OMV hat dieses Anliegen gemeinsam mit den Vertriebenen und ihren Verbänden über Jahre vorangetrieben. Dies ist ausgewiesen etwa durch Beschlüsse der OMV-Bundesdelegiertentagungen, von der OMV/UdV initiierte Beschlüsse auf den Parteitag der CDU und der CSU sowie darauf aufbauende Anträge der CDU/CSU-Fraktion an den Deutschen Bundestag – hier insbesondere unterstützt durch

die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten. Mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses rückt die Entschädigung

deutscher Zwangsarbeiter in greifbare Nähe. Es ist gut, dass diese endlich erfolgt, bevor auch die letzten Betroffenen verstummen. Die in den Heimat-

gebieten (z.B. in Oberschlesien) lebenden Deutschen sollten gerechterweise in diese Entschädigung mit einbezogen werden.

Lammert: Heutige Herausforderungen müssen bewältigt werden wollen

Helmut Sauer (Salzgitter) erneut zum OMV-Bundesvorsitzenden gewählt



Helmut Sauer

Am 27. November 2015 ist auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – im Berliner Konrad-Adenauer-Haus der ehemalige langjährige Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer (Salzgitter) mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler wiedergewählt worden. Sauer wird somit auch seine Arbeit im CDU-Bundesvorstand fortsetzen können, dem er nun seit fast 26 Jahren angehört.

leider wenig gelernt.“ Auch wenn deutsche Vertriebene und aktuelle Flüchtlinge nicht vergleichbar seien, müssten Vertreibungen nach wie vor geächtet und könnten Fluchtursachen nur in breiter, internationaler Solidarität bekämpft werden. Für den Rückhalt, den die Vertriebenen mit ihren berechtigten Anliegen in den Unionsparteien aus CDU und CSU genießen, dankte Sauer herzlich.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB (CDU) erinnerte in seiner Ansprache an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren, als Deutschland zerstört und auch

In seiner ausführlichen Rede ging Helmut Sauer auf sämtliche wichtige Bereiche der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik ein. Zum fortwährend aktuellen Leitwort der Bundesdelegiertentagung „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“ erklärte er: „Die Menschheit hat aus unserem Schicksal

am moralischen Tiefpunkt war. Vor diesem Hintergrund sei auch der Einsatz der Vertriebenen für den Wiederaufbau Deutschlands nicht genug zu würdigen. Mit Bezug auf die derzeitige Situation erklärte er: „Dass die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, größer wären als die damaligen, kann ich nicht erkennen.“ Gerade die eigene Geschichte zeige, dass Deutschland den aktuellen Aufgaben gewachsen sei, wenn nur der Wille vorhanden sei.

Auch die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt MdB, lobte das seit Jahrzehnten ungebrochene Engagement der deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler für ihre Anliegen. Moralisches Fundament dieser Arbeit sei die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die sie als „großartigstes Versöhnungswerk in der europäischen Nachkriegsgeschichte“ bezeichnete. Im Hinblick auf die Situation von Flucht und Vertreibung damals und heute betonte sie, dass nach dem Zweiten Weltkrieg Landsleute nach Deutschland gekommen seien. Dies dürfe nicht vergessen werden.

Grütters: Flucht und Vertreibung Teil deutscher Identität

Neuer OMV-Bundesvorstand komplett



Der neue OMV-Bundesvorstand

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, die in diesem Jahr unter dem Leitwort „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“ steht, sprach auch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB.

Sie berichtete unter anderem über Eckpunkte der im Entstehen begriffenen neuen Konzeption für die Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz

ermöglicht werden und zwar für die Bereiche Oberschlesien, für die Deutschen aus Russland sowie für Siebenbürgen.

Flucht und Vertreibung bezeichnete Grütters als wichtigen Teil deutscher Identität. Es sei ein besonderes Verdienst auch des Einsatzes der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in der OMV, dass heute wieder vorbehaltlos an die vielen davon betroffenen Schicksale erinnert werden könne.

zes (BVFG). Für die Arbeit in diesem Förderbereich habe der Deutsche Bundestag mit dem heutigen Beschluss des Bundeshaushaltsgesetzes für 2016 einmalig 22 Millionen Euro zusätzliche Mittel bereitgestellt. Dadurch könnten z.B. drei neue Kulturreferen-

Die weiteren Vorstandswahlen erbrachten folgende Ergebnisse:

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden gewählt: Rüdiger Goldmann (Düsseldorf, NRW), Christa Matschl (Erlangen, Bayern), Gudrun Osterburg (Frankfurt, Hessen), Egon Primas MdL (Nordhausen, Thüringen) und erstmals Heiko Schmelzle MdB (Norden, Niedersachsen).

Zu Beisitzern wurden gewählt: Adolf Braun (Sachsen), Ulrich Caspar MdL (Hessen), Dr. Bernd Fabritius MdB (Bayern), Paul Hansel (Bayern), erstmals Werner Jostmeier MdL (NRW), Stephan Krüger (NRW), Fedor M. Mrozek (Schleswig-Holstein) und Christoph Zalder (Baden-Württemberg).

Schatzmeisterin bleibt Iris Ripsam (Baden-Württemberg). Als Hauptgeschäftsführer wurde Dipl.-Vw. Klaus Schuck (NRW) wiedergewählt.

Außerdem dem OMV-Bundesvorstand angehörig sind das einzige Ehrenmitglied Dr. Sieghard Rost (Bayern) sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR in der CDU/CSU Heinz Greifenhain (Niedersachsen).

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



[www.facebook.com/
cducsu_bundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsu_bundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducsu



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)